

12. Integrationsministerkonferenz 2017

am 16. und 17. März 2017 in Friedrichshafen

TOP 2.16

Resolution: Den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt nicht gefährden

Antragsteller: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen

Die IntMK hat die Resolution einstimmig beschlossen:

1. Deutschland ist ein Land, in dem Menschen mit Wurzeln in der Türkei seit Jahrzehnten ihren festen Platz haben. Sie sind engagiert in Vereinen, Gewerkschaften und Verbänden und verwurzelt in Nachbarschaften und Quartieren. Das ist auch Ergebnis einer Integrationspolitik, die für die aus der Türkei stammenden Menschen und Türken in Deutschland erfolgreich auf mehr Teilhabe und Chancengerechtigkeit setzt.
2. Die IntMK wendet sich mit Nachdruck gegen alle Bestrebungen, die das friedliche Zusammenleben der in Deutschland lebenden Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Frage stellen.
3. Die IntMK appelliert angesichts der in Deutschland aktuell zum anstehenden Referendum über eine Verfassungsreform in der Türkei geführten Diskussionen nachdrücklich an alle Beteiligten, jedwede Auseinandersetzung zu diesem Thema fair zu führen. Auch in einer angespannten politischen Situation dürfen Rassismus, Hass und Diskriminierung nicht salonfähig werden.
4. Die IntMK betont, dass die Achtung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie von Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit die Grundvoraussetzung für ein friedliches und respektvolles Miteinander darstellt. Die IntMK ruft alle gesellschaftlichen Gruppen da-

zu auf, sich gemeinsam für unsere demokratischen Grundrechte und Grundwerte einzusetzen.

5. Die IntMK stimmt darin überein, dass beleidigende und aufwieglerische Rhetorik sowie undemokratische Argumentationsmuster keine Mittel der politischen Auseinandersetzung in unserer Gesellschaft sein dürfen.